



IMV Institut für  
Medienverantwortung  
gUG (haftungsbeschränkt)  
Goethestraße 6  
91054 Erlangen  
Tel.: +49 9131 933 277-8  
Fax: +49 9131 933 277-9

IMV Büro Berlin  
Marburger Str. 3  
10789 Berlin  
Tel.: +49 30 219098-68  
Fax: +49 30 219098-69

info@medienverantwortung.de  
www.medienverantwortung.de

**Stellungnahme**, 20.04.2015

Deutscher Bundestag

Auswärtiger Ausschuss: Unterausschuss: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

© Dr. Sabine Schiffer

## **Erreichtes erhalten, Neues ausbauen**

### **Deutsche Welle – Deutschlands mediale Stimme in der Welt**

Genuine Aufgaben: Deutsche Welle Gesetz als Prämisse

„Die Deutsche Welle bietet für das Ausland Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) und Telemedien an. (1) Die Angebote der Deutschen Welle werden in deutscher Sprache sowie auch in anderen Sprachen verbreitet. (2)“ (§3 DWG)

„Die Angebote der Deutschen Welle sollen Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfaßten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen. Sie sollen deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern. Die Deutsche Welle fördert dabei insbesondere die deutsche Sprache.“ (§4 DWG)

Besonders ist auf die Programmgrundsätze in § 5 hinzuweisen:

„Die Sendungen müssen eine unabhängige Meinungsbildung ermöglichen und dürfen nicht einseitig eine Partei oder sonstige politische Vereinigung, eine Religionsgemeinschaft, einen Berufsstand oder eine Interessengemeinschaft unterstützen. Die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen der Rundfunkteilnehmer sind zu achten.“ (2)

„Die Berichterstattung soll umfassend, wahrheitsgetreu und sachlich sein sowie in dem Bewußtsein erfolgen, daß die Sendungen der Deutschen Welle die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu ausländischen Staaten berühren. Herkunft und Inhalt der zur Veröffentlichung bestimmten Nachrichten sind mit der gebotenen Sorgfalt zu prüfen. Kommentare sind deutlich von Nachrichten zu trennen und unter Nennung des Verfassers als solche zu kennzeichnen.“ (3)

Wenn auch der Evaluationsbericht 2010-2013 in einigen Punkten (12, 13 und 14) etwas idealisierend ausfällt, so sollten mit Blick auf die Erfolge Änderungen in der Aufgabenplanung sehr kritisch geprüft werden.

In Sachen Medienkonvergenz kann von einem guten Ausbau gesprochen werden. Im Zuge der Kooperationsverstärkung mit ARD, ZDF und Deutschlandradio und der Klärung von Rechtsfragen ist im Besonderen für eine angemessene Vergütung der (oftmals

freischaffenden) Produzenten (Kreative) der Inhalte einzutreten. Natürlich müssen auch weiterhin regionale Spezifika technischer Ausstattung für die Angebote berücksichtigt werden – unter anderem darauf verweist die Kleine Anfrage vom 4.03.2015 (Drucksache 18/4247) und dem ist hier nichts mehr hinzuzufügen.<sup>1</sup>

Übrigens soll auch eine Fehlwahrnehmung der Deutschen Welle in der ausländischen Öffentlichkeit nicht verschwiegen bleiben: Nicht wenige Nutzer (außer Auslandsdeutsche) halten das Programm für das gleiche wie in Deutschland und idealisieren das Land und seine Zustände.

### **Das Standing der Deutschen Welle anhand einiger ausgewählter Beispiele:**

Auf dem Balkan wird die DW als unabhängigere Stimme als die eigenen Medien (z.B. Mazedonien, Serbien) geschätzt. Deshalb beunruhigen Debatten um eine Einschränkung der Sprachenvielfalt, die im Sinne der Perspektive von Pressefreiheit gar nicht zur Disposition gestellt werden dürfte.

Glaubwürdigkeitsprobleme gibt es auch in Bezug auf China, wo die DW ebenfalls als unabhängige Stimme geschätzt werde. Angesichts der Verurteilung der Journalistin Gao Yu steht die angedachte Kooperation mit dem Staatssender CCTV zur Disposition.

Darüber hinaus kann man die Debatten in und um Venezuela als symptomatisch bezeichnen, weil die Kommentierung von Entwicklungen in Politik und Medien nachweislich selektiv und zu stark im Sinne deutscher Außenpolitik ausgerichtet ist. Insofern ist zu prüfen, ob nicht manchmal zu viel des Guten veröffentlicht wird, statt der freien Meinungsbildung zuzuarbeiten.<sup>2</sup>

Im Iran ist der ehemals als „Radio Aleman“ wahrgenommene Sender inzwischen als „Deutsche Welle“ zur Marke geworden. Dies konnte durch gezielte Maßnahmen zur Umgehung der dort im Jahre 2009 eingeführten Zensur im Internet erreicht werden. Das für die persische Redaktion erforderliche Budget für Marketing, das Software wie z.B. Filterknacker finanziert, hat sich ausgezahlt, um das Zielpublikum zu erreichen und zu vergrößern.

Inzwischen rangiert die DW als persisch-sprachiger Auslandssender hinter der BBC (vgl. Klickzahlen, Facebook-Follower etc.)<sup>3</sup>, wobei die BBC mit wesentlich mehr Mitteln ausgestattet ist. Um diesen Erfolg zu erhalten, dürfen die effektiv eingesetzten Mittel der persisch-sprachigen Redaktion nicht gekürzt werden.

Die Lateinamerika-Redaktion verweist auf die Twitter-Feedbacks und den Erfolg des spanischsprachigen Programms, wobei durchaus diskutiert werden müsste, welche Themen man als Aufmacher setzt (Stichwort: Deutschlandzentrismus vs. regionalisierte Schwerpunkte). Als Erfolg kann auch die Annahme des arabisch-sprachigen Angebots gewertet werden, was sich ebenfalls in sozialen Netzwerken ausdrückt.

Es erscheint mehr als sinnvoll, als grundsätzliche Bewertungsgrundlage für weitere Budgetierungen ein Kosten-Nutzen-Kalkül der eingesetzten Mittel vorzunehmen.

Insgesamt ist die Kompetenz der Mitarbeiter durch gesicherte Beschäftigungsverhältnisse an die Deutsche Welle zu binden. Auch muss die Versorgung bzw. Weitervermittlung von

<sup>1</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/042/1804247.pdf>

<sup>2</sup> Siehe z.B. Debatte um einen Titel von „El Universal“ <https://zcomm.org/znetarticle/a-german-broadcasters-gutter-journalism-about-venezuela/>.

<sup>3</sup> Diese Evaluationskriterien dürften – bei aller ihnen inhärenten Problematik – insgesamt zuverlässiger sein, als etwa die Evaluationsbögen der DW-Akademie. Es wird allgemein unterschätzt, dass z.B. arabische Teilnehmer von Trainings allein aus Höflichkeit derlei Bögen viel zu idealisierend ausfüllen – während man im persönlichen Gespräch auch ganz andere Meinungen zu hören bekommt. (Medienentwicklungszusammenarbeit > siehe BMZ-Evaluationskriterien)

Mitarbeitern, die aufgrund ihrer Tätigkeit für die DW nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren können, gewährleistet sein. Eine bessere Nutzung der Vielfalt und Kompetenz der Mitarbeiter ist möglich, auch und gerade durch Mitsprache bei Planungen und der Gestaltung des DW-Programms. Die teilweise Unzufriedenheit mit den Umsetzungsmöglichkeiten ist sehr ernst zu nehmen in Bezug auf die Qualitätssicherung.

### **Verschiebung der Schwerpunkte von Kulturpolitik zu Geopolitik?**

Bestimmte, die öffentliche Debatte dominierende Fragen um eine Neuausrichtung und der Reduktion deutschsprachiger Angebote verbieten sich aufgrund der genannten Beobachtungen und der Gesetzeslage. Die weiter oben zitierten Zeilen des DW-Gesetzes machen dies deutlich.

Danach richtet sich das Angebot an die Völker – Stichwort: Völkerverständigung – und nicht primär an Eliten und Entscheidungsträger zur Beeinflussung ihrer politischen Handlungen.

In diesem Kontext lässt der Entwurf der Regierungsfractionen vom 12.12.2014<sup>4</sup> des Ausschusses für Kultur und Medien zur Aufgabenplanung der DW aufhorchen:

Auffällig sind folgende Schlagworte wie „außenpolitischen Sachverstand“, „Anpassungsbedarf“, „wichtiger Träger und Partner der auswärtigen Politik Deutschlands“, „verantwortungsvollen Rolle in der Welt“, „aus dem Bundeshaushalt finanziert hat sie einen staatlichen Auftrag“, „Angesichts der neuen Verantwortung deutscher Außenpolitik in der Welt steigt die Bedeutung des deutschen Auslandssenders“, „Zudem muss auch die Bundesrepublik ihre Interessen in der Welt verfolgen“ u.s.w.

Hier drängt sich der Eindruck auf, dass die DW zu einem die deutsche Außenpolitik flankierenden PR-Sender degradiert werden soll. Während der kulturpolitische Auftrag durchaus noch benannt wird, dominieren das Papier in Anzahl und Gewichtung eindeutig Termini und Formulierungen geostrategischer Ausrichtung.

Flankierend tritt diesbezüglich die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf. Sie fordert in der Drucksache 18/3597 vom 17.12.2014 nichts Geringeres als die Novellierung des DW-Gesetzes mit einer klaren „Schwerpunktsetzung auf Demokratieförderung und Krisenberichterstattung“.

Mal abgesehen davon, dass die der DW zugewiesenen staatlichen Mittel es als naiv erscheinen lassen, mit einem Newskanal in englischer Sprache die Marktposition zwischen BBC und CNN auf der einen und Al-Jazeera sowie Russia Today auf der anderen Seite anzustreben, wird das demokratietheoretische Problem der Debatte deutlich. Die Mehrheit der Bevölkerung ist skeptisch bis ablehnend der Strategie gegenüber, die bei der sog. Sicherheitskonferenz in München 2014 ausgerufen wurde: „Mehr Verantwortung in der Welt“ zu übernehmen und zwar im politischen und militärischen Bereich. Sollte dieser Anspruch kulturpolitisch gemeint sein, dann wäre die Deutsche Welle auch weiterhin der geeignete Partner dafür.<sup>5</sup>

In diesem Sinne warnt das IMV vor einer Mutation der Deutschen Welle zum Sprachrohr deutscher Regierungspolitik mit einer Ausrichtung auf geostrategische Inhalte. Es stünde uns besser zu Gesicht, keinen – sonst vielfach kritisierten – Staatssender zu legitimieren, sondern auf die Vermittlung freiheitlicher und demokratischer Grundwerte durch einen gleichberechtigten Dialog zu setzen.

<sup>4</sup> BT-Drs. 18/2536

<sup>5</sup> Auch die Publikumsratsinitiative für den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk nimmt kritisch Stellung zur Debatte um eine Neuausrichtung der DW <http://www.publikumsrat.de/2014/09/deutsche-welle-als-propagandainstrument>.